

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Lagesetzung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke, Inh. Walter Hieke Verantwortlich: K. Kohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage „Das Leben im Bild“

Abkürzungen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 180

Bad Schandau, Donnerstag, den 4. August 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Das neueste Schiff der Deutschen Reichsmarine, der Kreuzer „C“, wird am 20. August auf der Werft der Deutschen Werke in Kiel vom Stapel laufen. Der Kreuzer, der ungefähr den gleichen Typ wie die „Emden“ und die im Frühjahr dieses Jahres in Wilhelmshaven vom Stapel gelaufene „Königsberg“ darstellt, wird voraussichtlich den Namen „Karlsruhe“ erhalten. Als letzter Neubau dieser Kreuzerklasse liegt nun auch der Kreuzer „D“ auf der Reichsmarinewerft in Wilhelmshaven auf Stapel.

* Die Deutsche Luftfahrt teilt mit, daß entgegen der vielfach bestehenden Ansicht, die Raten im Luftfrachtverkehr seien ab 1. August erhöht worden, eine Veränderung dieser Tarife nicht vorgenommen worden ist.

* Nach einer Havasmeldung aus Lissabon versuchten mehrere Individuen nach Lissabon einen Korb mit Bomben einzuschmuggeln. Die Polizei verhaftete, sie beim Betreten der Stadt zu verhaften, doch stülpten die Täter unter Zurücklassung des Korbes, der 33 Bomben enthielt.

Neue Gefahren für Danzig.

Von Ferdinand Rauh.

Ein aufmerksames Studium der polnischen Zeitungen und Zeitschriften vermittelt den Eindruck, daß in Polen in der letzten Zeit wieder phantastische Hirngespinnste das nüchterne Denken überwuchern und traumhafte Logik an die Ueberlieferung des früheren polnisch-litauischen Erobererstaates anknüpfen. Draufgängerische Politik sucht nach einem Geschehen, dessen Frucht der Anschluß Danzigs an Polen sein soll.

Die nationaldemokratische, in Warschau erscheinende „Gazeta Warszawska“, das Organ der stärksten Sejmipartei, nahm kürzlich Stellung zu der Frage eines Ostearno und äußerte sich dahin, daß die Räumung des Rheinlandes für Deutschland einen bedeutenden Machtzuwachs darstelle, der nur durch eine weitere Festigung der polnischen Position an der Ostsee seinen Ausgleich finden könnte. Und diese „Festigung“ steht das Blatt in der Eingliederung Danzigs in Polen.

Noch unverhüllter gab diesen Wünschen ein in Bromberg erscheinendes Schwesterblatt der „Gazeta Warszawska“, der „Dziennik Bydgoski“ Ausdruck, der in einer Festnummer an erster Stelle eine Ansicht Danzigs mit der Marienkirche brachte und sie mit der Unterschrift versah: „Danzig, das einst unser war und wieder unser sein wird!“

Anfang Juli fand in Danzig die Tagung des allpolnischen christlich-nationalen Volksschullehrerverbandes statt, zu der über tausend Teilnehmer aus ganz Polen erschienen waren. Der polnische Generalkommissar in Danzig, Strasburger, der sich seit jeher als polnischer Statthalter in der Freien Stadt fühlt, begrüßte die Versammelten mit der Erklärung, daß der Danziger Hafen für die Entwicklung Polens nötig sei, und daß Polen eine „Schmälerung seiner Rechte an der Ostsee“ unter keiner Bedingung zulassen könne, da der freie Zugang zum Meere mit dem Bestehen des polnischen Staates verbunden sei.

Um weitere Begründungen dieser jetzt sehr oft laut werdenden Ansprüche auf Danzig bemüht sich der durch seine Entdeckungssaktion in Westpolen in üblichem Sinne bekannt gewordene Westmarkenverein, der in seinem Jahrbuche ausführt, daß Danzig verpflichtet sei, opferwillig sein Dasein als Freie Stadt im Interesse des „polnischen Meeres“ aufzugeben. Denn es sei undenkbar, daß man Polen von „seinem“ Meere fern halte. Danzig müsse Polens Hamburg werden. Seine Bevölkerung würde nach der Einverleibung in Polen binnen kurzer Zeit eine Million erreichen und sich in wirtschaftlich guter Lage befinden, während man jetzt nicht einmal die vorhandenen 300 000 Einwohner ernähren könne. Auch die nach polnischer Auffassung groteske Interventionspolitik des Völkerbundes, von der niemand befreit ist, und die die Ursache dauernder Verstimnungen bilde, würde dann wegfallen.

Einer der tätigen Mitarbeiter des Westmarkenvereins, der durch seine Spionageunternehmungen bekannt gewordene frühere polnische Generalkonsul in Königsberg, Srokowski, gründete in Thorn das „Baltische Institut“, als dessen wichtigstes Ziel die Aufklärung der polnischen und internationalen Öffentlichkeit über die Bedeutung der Ostsee für das heutige Polen bezeichnet wird. Im offiziellen Programm ist zwar vielfach die Rede von geographischer Orientierung und handelspolitischem Begreifertum. Aber Srokowski füllt dieses ihm nicht liegende abstrakte Schema mit lebendigem Inhalt, indem er greifbare Zusammenhänge zwischen seinem zeitweiligen theoretischen Tun und den großpolnischen Plänen herstellt. Mit Hilfe wirtschaftspolitischer Darlegungen will er jedem Polen die Ueberzeugung beibringen, daß Polen ohne die Ostsee nicht bestehen könne. Den Förderern des Instituts soll ein silberner Stern mit der bezeichnenden Aufschrift „Das Baltische Institut dem Verteidiger des Polnischen Meeres“ verliehen werden. Den Trägern des Danziger Wirtschaftslebens versucht er zu beweisen, daß das langdauernde Siechtum der Danziger Wirtschaft durch den Anschluß an Polen behoben werden könne.

Neuerdings werden die Danziger Handelskreise mit dem russischen Markt geködert. Vor kurzem fuhr eine Danziger Handelsdelegation nach Moskau und anderen Wirtschaftszentren der Sowjetunion und knüpfte Beziehungen mit den Sowjetstaaten an. Das Danziger Polenblatt, die „Gazeta Odsanska“, hebt jetzt triumphierend hervor, daß die ganze Zukunft des danziger-russischen Handels von Polen abhängig sei, das, wenn es Danzig gefällig sein wolle, die zweifach gebrochenen Eisenbahntarife an der russisch-polnischen und der danziger-polnischen Grenze aufheben und für den neu angebahnten danziger-russischen

Handel Durchgangstarife einführen könne. In nächster Zeit soll der Ministerrat in Warschau unter Hinzuziehung des Generalkommissars Strasburger darüber entscheiden, wie die Tariffage zu regeln sei. So soll wieder einmal der Versuch gemacht werden, die „unbotmäßige“ Freie Stadt durch wirtschaftliche Zwangsmittel gefügig zu machen. Danzigs heutige Bürokratie ist in einer harten Schule

gerast und geläutert. Sie macht nicht falsche Rechnungen in der Art ihrer Vorfahren, die sich von dem Deutschen Orden lösten, um den polnischen König als Schutzherrn zu erwählen. Sie trat nach Deutschlands Zusammenbruch in einen heldenhaften Kampf um ihre Selbstbestimmung, ließ sich durch alle gefährlichen Zukunftsversicherungen nicht verlocken und verteilte, bisher noch immer erfolgreich, ihre Daseinsberechtigung.

Coolidge verzichtet auf Wiederwahl

Amerikas Präsidentenforzen.

Wer ist der Kandidat?

Im kommenden Jahr steht die Neuwahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten bevor. Bisher hatte man fast mit Gewißheit angenommen, daß der jetzige Präsident Coolidge wieder für die Republikanische Partei kandidieren und mit größter Wahrscheinlichkeit wiedergewählt würde. Diese Gewißheit ist nun unerwartet durch die Verzichtleistung Coolidges auf seine Kandidatur erschüttert worden.

Präsident Coolidge hatte die Pressevertreter in Rapid City, wo er sich aufhielt, er sucht, ihn aufzusuchen. Als die Pressevertreter im Arbeitszimmer des Präsidenten erschienen waren, trat Coolidge an das Ende eines langen Tisches, forderte die Pressevertreter auf, sich in einer Reihe



Präsident Coolidge.

hinter ihm aufzustellen und sagte: Ich habe eine kurze Erklärung für Sie. Jedem Pressevertreter wurde darauf, die mit Schreibmaschine auf kleinen Blättern geschriebene Erklärung überreicht, daß Coolidge nicht die Absicht habe, für die Präsidentschaft 1928 zu kandidieren. Der Erklärung war keine weitere Begründung zugefügt.

Die Verzichtleistung Coolidges hat auf die amerikanische Öffentlichkeit als eine der größten politischen Überraschungen der neueren Geschichte gewirkt. Die Presse gibt die verschiedensten Beweggründe für das Vorgehen Coolidges an, weiß aber offenbar keinen genügenden Aufschluß zu geben.

Die Erklärung geschah am vierten Abend der

Übernahme der Präsidentschaft durch Coolidge nach dem Tode Harding's. Coolidge übernahm damals als Vizepräsident gesetzmäßig den obersten Posten der Union und wurde dann 1924 gewählt.

Coolidges Beweggründe.

Nach einigen Stimmen soll Coolidge nicht unbequem geblieben sein von der gerade in der letzten Zeit in der amerikanischen Öffentlichkeit und auch in der Republikanischen Partei wachsenden Bewegung gegen eine noch einmalige Kandidatur, die sich nicht gegen die Person Coolidges richtete, sondern gegen das Prinzip einer dreimaligen Amtszeit. Ferner haben die Farmer des Westens seit langem verlangt, daß die Republikanische Partei endlich einen Kandidaten aufstelle, der sich der Interessen der amerikanischen Landwirtschaft und der Baumwollpflanzerei annähme. Auch liegt es nahe, den Entschluß mit dem Scheitern der Genfer Dreimächtekonferenz in Zusammenhang zu bringen, deren Zustandekommen sich Coolidge besonders angelegen sein ließ. Seine Abrüstungspläne für die See- und Luftkräfte haben aber dort ein vollständiges Fiasko erlitten.

Nur ein Schachzug?

Die Tatsache, daß Senator Borah noch vor wenigen Wochen erklärte, er könne in Coolidges Kandidatur für 1928 keine Verletzung der Tradition sehen, wird von den Verehrern dieser Meinung mit dem unklaren Wortlaut der Erklärung Coolidges zusammengehalten und daraus der Schluß gezogen, daß der Präsident nur Gegenäußerungen seiner Parteigänger herausfordern wolle. Daß er in der Erklärung einen klaren Text vermied, gilt diesen Kreisen als ein hinreichender Beweis, daß der Präsident unzufrieden sei, wenn genügend starke Gruppen trotz seiner Erklärung seine Kandidatur verlangen sollten.

Andere Präsidentschaftskandidaten.

Der gegen Coolidge genannte Kandidat des linken Flügels der Republikanischen Partei (Farmer und Baumwollpflanzerei) ist der Senator Lo v e n, der im vorigen Jahre eine große landwirtschaftliche Studienreise durch Europa gemacht hat, um das Genossenschaftswesen und die öffentlich-rechtliche Organisation des landwirtschaftlichen Kredits zu studieren. Die Großindustrie würde beim Ausscheiden Coolidges wahrscheinlich für den Staatssekretär für den Handel, Hoover, eintreten. Seit längerer Zeit ist der jetzige Vizepräsident General D a w e s als Nachfolger Coolidges genannt worden, ebenso der frühere Staatssekretär H u g h e s und der Sprecher des Repräsentantenhauses L o n a w o r t h.

Die Newyorker Börse unter dem Eindruck der Coolidge-Erklärung.

New York, 3. August. Die gestrige Erklärung Coolidges, daß er für die Präsidentschaft nicht mehr kandidieren solle, hat ihre besondere Wirkung auf die Newyorker Börse gehabt. Die Börse zeigte erst eine Schwächung, die aber bald in eine Haufespekulation umschlug. In Anbetracht der günstigen Lage der Staatsfinanzen zogen die Preise an.

Fernsprecher Versuch mit Argentinien geglückt

Berlin, 3. August. Die heute abend um 20,30 Uhr begonnenen und bis kurz vor 21 Uhr fortgesetzten Sprechversuche von Berlin nach Buenos Aires sind sämtlich glänzend gelungen. Die drahtlosen telephonischen Ansprachen sämtlicher im Berliner Boghaus versammelten Vertreter des Reichspostministeriums, der argentinischen Gesandtschaft, des Auswärtigen Amtes, der Presse, der Internationalen Handelskammer, der Gesellschaft Telefunken usw. wurden sämtlich kaum eine Minute nach Abschluß der jeweiligen Ansprache als gut gehört von Buenos Aires bestätigt.

Von 20 Uhr bis 20,30 Uhr wurde Orchestermusik herübergegeben, die gleichfalls glänzend gehört wurde. Den Schluß bildete wiederum Musik, und zwar die argentinische Nationalhymne. Die Antworttelegramme waren recht humorvoll und be-

zeugten die Begeisterung, die auch in Buenos Aires bei den dort versammelten Vertretern der Trans-Radio Argentina, der argentinischen Regierung, der Deutschen Gesandtschaft und der deutschen Kolonie über die gelungenen Versuche geherrscht hat.

Die somit durch drahtlose Telephonie verbundene Strecke beträgt 11 900 Kilometer. Es besteht zwar schon zwischen London und Newyork eine telephonische Funkverbindung von 5500 Kilometern. Die deutsche Firma Telefunken hat für ihre weit größere Strecke zunächst nur in Berlin, beziehungsweise durch gewöhnlichen Fernsprechkreislauf in Neuen den Sender, während der Empfänger bei Buenos Aires in Wilsa Elisa steht, der die Sprechschwingungen durch Draht nach Buenos Aires weiterleitet. Die Telefunken-Gesellschaft stellt jedoch für die Sprechenden weniger große Anforderungen, als sie in der Funkverbindung London—Newyork benötigt werden. Die deutsche Verbindung geht durch kurze Wellen, während die englisch-amerikanische durch lange Wellen geht.